



## Die Zukunft der europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung

**Künftige Arbeitsschwerpunkte des IFSH mit der neuen Wissenschaftlichen Direktorin Prof. Dr. Ursula Schröder**

Vor dem Hintergrund aktueller sicherheitspolitischer Krisen und Verwerfungen – wie den Kriegen in Syrien und der Ukraine, den Folgen des Brexit für Europa oder der Transformation der amerikanischen Außenpolitik – ist eine Neubestimmung des Status quo und der Zukunft der europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung unabdingbar. Das IFSH wird sich unter der Leitung seiner Wissenschaftlichen Direktorin Prof. Dr. Ursula Schröder zukünftig in drei neu zugeschnittenen Arbeitsbereichen mit den Herausforderungen dieser Verwerfungen für Frieden und Sicherheit beschäftigen. Der erste Arbeitsbereich *Europäische Friedens- und Sicherheitsordnungen* widmet sich jenseits eines Fokus auf einzelne politische Institutionen der Frage, wie belastbare und handlungsfähige Kooperation in Fragen europäischer Friedens- und Sicherheitspolitik aussehen kann. Der zweite Arbeitsbereich führt die etablierte Arbeit des Instituts im Feld der *Abrüstung, Rüstungskontrolle und Risikotechnologien* weiter und erweitert sie um neue Debatten in der Technologieentwicklung und der Kontrolle von Risikotechnologien. Der dritte Arbeitsbereich *gesellschaftlicher Frieden und innere Sicherheit* erweitert bestehende Expertise zu innergesellschaftlichen Gewaltpotenzialen zu einem neuen Forschungsschwerpunkt des IFSH. Europa wird hier nicht nur als ein sicherheitspolitischer Akteur nach außen, sondern insbesondere auch als ein gesellschaftliches Friedensprojekt nach innen verstanden. Dieser Arbeitsbereich wird bislang getrennt diskutierte Forschungsperspektiven der Friedens- und Konfliktforschung, der Extremismus- und Gewaltforschung und der Forschung im Feld der inneren Sicherheit zusammenführen.

In allen drei Bereichen wird insbesondere die oft grenz- und politikfeldübergreifende Qualität einer Vielzahl aktueller friedens- und sicherheitspolitischer Themen im Zentrum der Forschung stehen. Eine Vertiefung der Forschungsk Kooperationen mit der Universität Hamburg – beispielsweise in der Klimaforschung – und mit anderen Forschungsinstitutionen in Hamburg und darüber hinaus soll zusätzliche Impulse in der Analyse von Querschnittsfragen an Schnittstellen unterschiedlicher Forschungsfelder setzen. Das IFSH wird in seiner Arbeit hierbei die Kombination qualitativ hochwertiger Grundlagenforschung mit engagierter und wissenschaftlich fundierter Politikberatung fortführen, um zentrale Fragen und Themen der Friedens- und Sicherheitspolitik auch zukünftig erfolgreich in die Gesellschaft hinein zu kommunizieren und dabei auch neue Zielgruppen zu erreichen. Nicht zuletzt hat ein Generationenwechsel im Haus begonnen, der durch die systematische Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses in der Friedens- und Sicherheitsforschung als einem zentralen Aspekt der Arbeit des Instituts flankiert werden soll.

Kontakt: Ursula Schröder

schroeder@ifsh.de

## Stillstand bei der nuklearen Abrüstung, aber Fortschritte bei der nuklearen Verifikation

**IFSH beteiligt sich an der International Partnership for Nuclear Disarmament Verification**



Die Teilnehmer/-innen der IPNDV Tagung

Die nukleare Abrüstung befindet sich wieder einmal in einer Krise. Zurzeit finden keine Verhandlungen zwischen den beiden Supermächten USA und Russland statt, die über 90 Prozent der weltweiten Nukleararsenale besitzen. Der N-START-Vertrag läuft 2021 aus und der INF-Vertrag wird durch Neuentwicklungen massiv infrage gestellt. Die USA werfen dem Kreml die Stationierung eines neuen Marschflugkörpers vor, der den INF-Vertrag verletzt. Umgekehrt sieht Russland die Raketenabwehr in Europa und die Abwehrtests mit INF-Systemen als Vertragsverstoß an. Ein Hoffnungsschimmer ist der humanitäre „Atomwaffenverbotsvertrag“, den die Generalversammlung der Vereinten Nationen am 7. Juli 2017 mit 122 Stimmen angenommen hat und der nun zur Ratifizierung ausliegt. Er verbietet „Entwicklung, Produktion, Test, Erwerb, Lagerung, Transport, Stationierung und Einsatz von Atomwaffen“. Um einen Abrüstungseffekt zu haben, müssten dem

### Nachruf für Reinhard Mutz



Am 13. Dezember 2017 ist Reinhard Mutz im Alter von 79 Jahren gestorben. Mit seiner Familie trauern die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IFSH um ihren ehemaligen Direktor.

Reinhard Mutz führte von 2003 bis Januar 2006 das Institut kommissarisch als vierter Direktor des IFSH, war zuvor langjähriger stellvertretender Direktor und Herausgeber des Friedensgutachtens. Ein ausführlicher

Nachruf findet sich online unter

<[https://ifsh.de/file-IFSH/IFSH/pdf/aktuelles/Nachruf\\_Reinhard\\_Mutz\\_und\\_Vorwort.pdf](https://ifsh.de/file-IFSH/IFSH/pdf/aktuelles/Nachruf_Reinhard_Mutz_und_Vorwort.pdf)>.



Vertrag aber Nuklearwaffenstaaten beitreten. Auch fehlt dem Vertrag noch eine durchdachte Verifikationskomponente. Sollte es zukünftig zu einem umfassenden Abrüstungsvertrag kommen, muss die Zerlegung und irreversible Zerstörung von Atomsprengköpfen international durch Inspektoren überwacht werden können. Bisher wurden bei der bilateralen Abrüstung im Wesentlichen Trägersysteme reduziert und zerstört. Bei den nuklearen Sprengköpfen gab es aufgrund der geschlossenen Verträge zwar erhebliche Reduktionen, noch wurde aber kein einziger Sprengkopf unter internationaler Kontrolle und Aufsicht zerlegt und vernichtet.

Hier setzt die „International Partnership for Nuclear Disarmament Verification“ (IPNDV) an. An diesem Projekt nehmen 25 Staaten teil, um für die Verifikation infrage kommende Protokolle und Technologien zur Überprüfung von nuklearen Abrüstungsmaßnahmen zu identifizieren und zu entwickeln. Götz Neuneck ist im Auftrag des Auswärtigen Amtes Experte in der Arbeitsgruppe 1, die sich mit dem gesamten Verifikationsprozess und deren Zielen beschäftigt. Er arbeitete an vier Papieren mit. In der ersten Phase des zweijährigen Projekts

trafen sich Vertreter/-innen der fünf Nuklearwaffenstaaten mit Expert/-innen und Diplomat/-innen der teilnehmenden 20 Nichtnuklearwaffenstaaten insgesamt neunmal u.a. in Tokio, Abu Dabi und Genf, um die Herausforderungen, Probleme und Möglichkeiten zu erörtern, die insbesondere bei der Zerlegung von Atomsprengköpfen anfallen. Wichtige Kriterien sind dabei neben der Sicherheit, auch die Einhaltung der Nichtverbreitungsvorgaben des Nichtverbreitungsvertrages (NVV) und der nationalen Sicherheit. Beim letzten Treffen in Buenos Aires wurden zwei zusammenfassende Berichte und diverse Arbeitspapiere verabschiedet, die auf dem Webportal <[www.ipndv.org](http://www.ipndv.org)> für die Öffentlichkeit einsehbar sind. Eine interaktive Grafik beschreibt für den Portalbesucher den gesamten Abrüstungszyklus in interaktiver Weise. Nach dem erfolgreichen Abschluss der ersten Phase, sollen nun neue Arbeitsgruppen gebildet werden, die sich mit Abrüstungsdeklarationen, dem vollständigen Abrüstungszyklus und konkreten Demonstrationsübungen beschäftigen.

*Kontakt: Götz Neuneck*

*neuneck@ifsb.de*

## Große Ambitionen und viele Fragen:

### Zur nationalen Verteidigungs- und Sicherheitsstrategie Frankreichs

Im Oktober 2017 veröffentlichte Frankreich seine Nationale Verteidigungs- und Sicherheitsdoktrin. Sie beschreibt die Vision eines starken Frankreich in einem strategisch autonomen Europa. Wichtige Schritte in diese Richtung sind in den letzten Jahren bereits gemacht worden. Der deutsch-französische Motor scheint zurzeit gut zu laufen. Passen die Ambitionen beider Regierungen aber wirklich zusammen? Drei grundsätzliche Unterschiede werfen Fragen auf.

- Frankreich ist ständiges Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Daraus leitet es eine weltpolitische Verantwortung ab, die seinem Selbstbild als global aktivem Akteur entspricht.
- Frankreich ist einer von neun Staaten, die über Nuklearwaffen verfügen. Die atomare Abschreckung bildet das Rückgrat „unserer strategischen Verteidigung“. Sie ist nicht nur der Garant der nationalen Sicherheit und Unabhängigkeit, sondern trägt „zur transatlantischen Sicherheit und der Europas bei“. Auch künftig setzt Paris auf luft- und seegestützte Atomwaffen.
- Paris verfolgt im Gegensatz zu Deutschland eine Konzeption nationaler strategischer Autonomie. Sie ist Ausdruck seiner Souveränität und prioritäres Ziel seiner Verteidigungspolitik. Angesichts weltweiter



*Hans-Georg Ebrbart*

Instabilitäten will Frankreich seine Fähigkeit behalten, alleine zu handeln, um seine Interessen zu verteidigen.

Frankreichs Ansatz in der Verteidigungs- und Sicherheitskooperation ist flexibel. Die USA gelten als ein zentraler Partner, aber auch als nicht mehr so verlässlich. Deutschland ist ein „äußerst wichtiger“ Partner, Großbritannien ein privilegierter Partner, weil es neben Frankreich das einzige europäische Land mit nuklearer Abschreckung und globalen Ambitionen ist. Paris unterstützt alle Initiativen, die die strategische Konvergenz zwischen den Europäern fördern. Ein strategisch autonomes Europa bedarf aber einer gemeinsamen strategischen Kultur. Doch wie soll diese angesichts der unterschiedlichen historischen

Prägungen und sicherheitspolitischen Schwerpunkte entstehen? Die Antwort aus Paris lautet: Indem wir die Voraussetzungen für gemeinsames Handeln schaffen. Ob die von Präsident Macron am 26. Oktober 2017 vorgeschlagene „Europäische Interventionsinitiative“ aber den Weg weist ist fraglich, solange nicht klar ist, ob, wo, wann, wie, womit und vor allem wozu militärisch interveniert werden soll.

(online unter <<https://ifsb.de/news/details/of/news-1491/>>)

*Kontakt: Hans-Georg Ebrbart*

*ebrbart@ifsb.de*

## OSZE-Netzwerk präsentiert Bericht über historische Narrative beim 24. OSZE-Ministerratstreffen in Wien

Das OSZE-Netzwerk von Think Tanks und akademischen Einrichtungen versuchte 2017, die umstrittene Geschichte der Europäischen Sicherheit nach dem Kalten Krieg zu rekonstruieren. Das Projekt „The Road to the Charter of Paris“ hatte als Schwerpunkt die Jahre 1989 und 1990 gewählt. Das Hauptargument ist, dass die derzeitige angespannte Lage zwischen Russland und dem Westen sowie die Rückkehr zu konfrontativer Sicherheit in Europa ihren Ursprung in der unvollendeten Beendigung des Kalten Krieges ab 1990 hat-

te. Dies, obwohl man im Westen zu diesem Zeitpunkt das Gefühl hatte, man habe eine neue europäische Sicherheitsordnung für die

Zukunft geschaffen. Das Projekt fügte der Vielzahl an Interpretationen, was in den Jahren 1989-1990 geschehen war und warum, die Sicht der Historiker hinzu. Historiker/-innen, Augenzeugen (ehemalige KSZE-Botschafter und der erste KSZE/OSZE-Generalsekretär) und 37 Vertreter/-innen von 20 Netzwerk-Instituten trafen sich in zwei Workshops und erarbeiteten jenseits der gängigen



*Panel beim Side-Event des 24. OSZE-Ministerratstreffens*

*Copyright: OSCE, <<https://www.flickr.com/photos/osceorg/24025862837/in/photolist-vVXJfN-CB5PYr-HiYWmn>>*



Schwarz-weiß-Geschichten von Erfolg und Misserfolg beim Aufbau der europäischen Sicherheitsordnung Nuancen und Schattierungen.

Am 7. Dezember 2017 wurde der Bericht „The Road to the Charter of Paris: Historical Narratives and Lessons for the OSCE Today“ bei einem 45-minütigen Side Event auf dem 24. OSZE-Ministerratstreffen in Wien präsentiert. Christian Nünlist (Hauptautor, Center for Security Studies, ETH Zürich), Juhana Aunesluoma (Ko-Autor, Universität Helsinki), Benno Zogg (Ko-Autor, CSS/ETH Zürich) und Laurien Crump-Gabreëls (Teilnehmerin an beiden Workshops, Universität

Utrecht) trugen die wichtigsten Ergebnisse und Empfehlungen ca. 25 interessierten Teilnehmer/-innen vor.

Die Autor/-innen hoffen, den Bericht 2018 ins Russische übersetzen und bei einem Workshop in Moskau diskutieren zu können. Sie sind auch offen dafür, ihre Ergebnisse im Rahmen von speziellen „historischen Dialogen“ z.B. für italienische Journalisten (die 2018 den italienischen OSZE-Vorsitz begleiten werden) oder für interessierte OSZE-Insider in Wien vorzustellen. (Text: Christian Nünlist)

*Kontakt: Wolfgang Zellner*

*zellner@ifsb.de*

## IFAR-Arbeiten zu Autonomen Waffensystemen und Künstlicher Intelligenz

In der heutigen Kriegsführung spielen Drohnen und unbemannte Flugkörper eine zunehmend wichtige Rolle. Während am Anfang unbemannte Plattformen zu Aufklärungszwecken Verwendung fanden, konzentriert sich die militärtechnische Entwicklung nunmehr vermehrt auf bewaffnete Anwendungen mit neuen teilautonomen Funktionen. Insbesondere die Verwendung von Algorithmen, Sensoren, Big Data und Deep Machine Learning lässt vermuten,

dass auch die Künstliche Intelligenz ihren Weg auf das Schlachtfeld finden wird und moderne Streitkräfte und deren Kriegsführung transformieren werden. International hat zudem eine Debatte über die ethischen und militärischen Konsequenzen der Einführung von mehr Autonomie begonnen. IFAR<sup>2</sup> hat in einem mehrmonatigen Projekt die Forschungsliteratur durchgearbeitet und eine sicherheits- und friedenspolitische Bestandsaufnahme abgeschlossen. Autonome Waffensysteme (AWS) werden hier verstanden als unbemannte Plattformen, die „intendierte Unabhängigkeit von externer (menschlicher) Kontrolle“ aufweisen sowie die „Fähigkeit in einer komplexen, realen Umwelt auf unvorhersehbare Ereignisse zielgerichtet reagieren zu können“. Im Rahmen des IFAR<sup>2</sup> Fact Sheet Nr. 9 hatte sich Moritz Michels mit psychologischen Auswirkungen von Kampfdrohnen beschäftigt (März 2017, [https://ifsh.de/file-IFAR/pdf\\_deutsch/IFAR2-FactSheet9.pdf](https://ifsh.de/file-IFAR/pdf_deutsch/IFAR2-FactSheet9.pdf)).



*Beim DSF-Seminar im Deutschen Bundestag. (v.l.n.r.) Max Mutschler (BICC), Christoph Pistner (Öko-Institut Darmstadt), Christian Alwardt (IFSH), Volker Roth (FU Berlin), Thomas Reinbold (IFSH), Jürgen Altmann*

de/file-IFAR/pdf\_deutsch/IFAR2-FactSheet9.pdf). Lucie König fasste im IFAR<sup>2</sup> Fact Sheet Nr. 11 die völkerrechtlichen Regelungen von AWS zusammen (Dezember 2017, [https://ifsh.de/file-IFAR/pdf\\_english/IFAR2-FactSheet11.pdf](https://ifsh.de/file-IFAR/pdf_english/IFAR2-FactSheet11.pdf)).

Bei Gesprächen im Auswärtigen Amt, im BMVg, bei Think Tanks und Tagungen sowie mit Unterstützung des Military Fellow des IFSH, Kevin Nausch, konnten wertvolle Erkenntnisse gesammelt werden. Christian Alwardt, Lina-

Marieke Hilgert, Götz Neuneck, und Johanna Polle haben in einer Studie über „Sicherheitspolitische Implikationen und Möglichkeiten der Rüstungskontrolle autonomer Waffensysteme (AWS)“ für das Büro für Technikfolgen-Abschätzung (TAB) beim Deutschen Bundestag ein Gutachten über die Verbreitung unbemannter Waffensysteme mit zunehmend autonomen Funktionen gegeben. Als zentrale Akteure wurden die USA, Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Russland, China und Israel identifiziert. Weiterhin beschäftigte sich die Studie mit den wichtigsten Trends in Forschung und Entwicklung sowie mit militärischen Beschaffungsprogrammen. Auch werden Möglichkeiten für Rüstungskontrolle von AWS vorgeschlagen und Handlungsoptionen für Deutschland diskutiert.

*Kontakt: Götz Neuneck*

*neuneck@ifsb.de*

## Eurasia Peace Studies Exchange Workshop in Tiflis

Die Region Eurasien (post-sowjetische und Nachbarstaaten) gewinnt an Bedeutung in den internationalen Beziehungen. Aus der charakteristischen Lage zwischen Europa und Fernost ergeben sich spezifische Hindernisse, aber auch Chancen. Durch Kooperation und Austausch versucht das von Christine Smith-Simonsen, Centre for Peace Studies (CPS), Universität Tromsø und Anna Kreikemeyer initiierte *Eurasia Peace Studies Exchange (EPSE) Netzwerk* die Verschiedenheiten Eurasiens durch Dialog und Zusammenarbeit im Bereich der Friedensforschung zusammenzuführen. Neben CPS und IFSH sind die American University of Central Asia (AUCA), Bischkek; die Staatliche Ilia Universität, Tiflis; die Nationale Akademie für Bildungswissenschaften, Kiew und die Staatliche Universität Odessa beteiligt. Das Netzwerk legt Wert auf intensiven gegenseitigen Austausch zwischen Studierenden, Wissenschaftler/-innen und Praktiker/-innen aus friedensrelevanten Bereichen eurasischer Institutionen. Es wird von 2017 bis 2019 vom Norwegian Centre



*Studierende aus dem IFSH in Tiflis: (f.l.t.r.) Diana Alpysbaeva, Biniam Yemane Berihu, Yaiza Rojas Matas*

for International Cooperation in Education (SIU) gefördert.

Bei einem ersten Koordinationstreffen im April 2017 in Tromsø wurde eine stabile Plattform für einen Austausch zwischen Europa und Eurasien, aber auch innerhalb Eurasiens geschaffen. Vom 23.-28. Oktober 2017 fand der erste von drei Intensivworkshops an der Staatlichen Ilia Universität, Tiflis statt. Elf Wissenschaftler/-innen und fünfzehn Doktorand/-innen sowie Master-Studierende aus insgesamt zwölf Ländern Eurasiens diskutierten eine Woche lang gemeinsam Perspektiven der Friedensforschung.

Anna Kreikemeyer hielt den Einführungsvortrag zum Thema „Peace Research in Europe and Eurasia. Between Double Securitization, Normative Divides and Trans-local Challenges“. Aus Hamburg nahmen Diana Alpysbaeva, Yaiza Rojas Matas und Biniam Yemane Berihu, Graduierte aus dem IFSH-Masterstudiengang 2016/2017 teil. Das zweite EPSE-Koordinati-onstreffen findet am 21./22. März 2018 am IFSH statt.

*Kontakt: Anna Kreikemeyer*

*kreikemeyer@ifsb.de*



# PUBLIKATIONEN

# P E R S O N A L I A

## S+F. Sicherheit und Frieden, Heft 3/2017: Wirtschaft, Sicherheit, Frieden

Der Herausgeber des Themenschwerpunktes, Michael Brzoska, verweist in seinem Editorial auf die aktuelle Krise der Globalisierung und setzt damit einen Rahmen für die Beiträge des Heftes.

Grundproblem der wirtschaftlichen Globalisierung ist, wie Thomas Straubhaar in seinem Beitrag exemplarisch für Deutschland und westliche Industrieländer beleuchtet, die Ungleichheit der Verteilung ihrer Vor- und Nachteile innerhalb von Industrieländern.

Holger Janusch und Witold Mucha analysieren die Grundlagen der Rhetorik Donald Trumps und deren mögliche Folgen im Rahmen seiner Kritik am Freihandel. Vor dem gleichen Hintergrund plädiert Josef Braml für die besondere Beachtung des Rüstungssektors, der in den USA wirtschaftlich besonders bedeutend und politisch eng vernetzt ist. Andreas Holtz wiederum verdeutlicht am Beispiel der Beziehungen Australiens zu kleinen Pazifikstaaten, wie Freihandelsabkommen die Dominanz einer Regionalmacht und deren Spielraum zur Durchsetzung auch nicht-wirtschaftlicher Ziele stärken können. Besonders anfällig für die Vermischung von wirtschaftlichen und politischen Zielen ist der Rohstoffsektor. Angesichts wachsender Knappheiten erwächst ein Bedarf an multilateraler Zusammenarbeit, wie Raimund Bleischwitz und Ruya Perincek darlegen. Tatsächlich aber wächst, wie im Handelssektor allgemein, auch im Rohstoffbereich wieder nationales Vorgehen. Yann Wernert zeigt, dass dies selbst für einen regional und global so stark verflochtenen Staat wie Frankreich gilt. Shah Meir beleuchtet die aufstrebende Macht Chinas anhand des Hafenprojektes Gwadar und hinterfragt die chinesischen Motive für außerordentlich hohe Investitionen in einem wirtschaftlich schwachen und politisch instabilen Staat wie Pakistan. David Groten untersucht Einschätzung chinesischer Expert/innen zu Freihandelsabkommen. Insgesamt deuten die Texte darauf hin, dass zumindest einige Staaten ihre wirtschaftliche Macht zunehmend zur Erreichung politischer Ziele nutzen. Das liberale Modell, durch Wirtschaftsbeziehungen Frieden zu fördern, wird auch von früheren Protagonisten, wie der Regierung in Washington, zunehmend infrage gestellt. Vergangene Perioden machtgetriebener internationaler Wirtschaftsbeziehungen machen allerdings die Gefahren deutlich, die bei einer Verstärkung merkantilistischer Tendenzen drohen.

Außerhalb des Themenschwerpunktes befassen sich Carolin Fehl und Johannes Thimm mit den Herausforderungen der multilateralen Kooperation in der Ära Trump. **Kontakt: Patricia Schneider** [schneider@ifsb.de](mailto:schneider@ifsb.de)

**Anna Kreikemeyer, Prospects for Peace Research in Central Asia: Between Discourses of Danger, Normative Divides and Global Challenges, Osnabrück 2017**

[http://bundesstiftung-friedensforschung.de/wp-content/uploads/2017/12/TB\\_Kreikemeyer.pdf](http://bundesstiftung-friedensforschung.de/wp-content/uploads/2017/12/TB_Kreikemeyer.pdf).

Die Friedens- und Konfliktforschung arbeitet mit wissenschaftlichen Konzepten, die überwiegend im globalen Norden entwickelt worden sind. Bei der Zusammenarbeit mit Wissenschaftler/-innen aus anderen Weltregionen, nicht zuletzt auch aus Krisen- und Konfliktgebieten, stellt sich für sie deshalb zunehmend die Herausforderung, Anknüpfungspunkte für einen Austausch und Dialog zu identifizieren. Die DSF förderte eine internationale Tagung am IFSH, auf der die Möglichkeiten einer wissenschaftlichen Kooperation auf dem Gebiet der Friedens- und Konfliktforschung zwischen Institutionen aus europäischen und zentralasiatischen Staaten ausgelotet wurden. Die Projektleiterin Anna Kreikemeyer zieht ein positives Resümee aus den Diskussionen: „Joint discussions about projects for peace research make inspiration and learning possible, open up new horizons for scholars from Europe and Central Asia and help to prevent alienation.“

**Kontakt: Anna Kreikemeyer** [kreikemeyer@ifsb.de](mailto:kreikemeyer@ifsb.de)

**Elvira Rosert: How to Regulate Autonomous Weapons. Steps to Codify Meaningful Humanitarian Control as a Principle of International Humanitarian Law. PRIF Spotlight 6/2017, Frankfurt am Main, <<https://www.hsfk.de/service/news/news/regulierung-autonomer-waffensysteme>>.**

Wie man tödliche autonome Waffensysteme (lethal autonomous weapons, LAWS) international verregeln kann, debattiert derzeit eine Gruppe von Regierungsexpert/innen in der Konferenz über bestimmte konventionelle Waffen (Convention on Certain Conventional Weapons, CCW). Doch weil die Verhandlungen aufgrund von Definitionsfragen ins Stocken geraten sind, schlägt Elvira Rosert eine andere Strategie vor: Um ein Verbot von LAWS zu befördern, sollte das Konzept bedeutender menschlicher Kontrolle (meaningful human control) als humanitär-völkerrechtliches Prinzip im Ersten Zusatzprotokoll zu den Genfer Konventionen wie auch in der Präambel der CCW verankert werden.

**Kontakt: Elvira Rosert** [rosert@ifsb.de](mailto:rosert@ifsb.de)

**Researching Emotions in International Relations. Methodological Perspectives on the Emotional Turn.** hrsg. von Maéva Clément, Eric Sangar, pp. 303-324. Cham: Palgrave Macmillan, <[https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-319-65575-8\\_13](https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-319-65575-8_13)>.

Im Sammelband Researching Emotions in International Relations. Methodological Perspectives on the Emotional Turn sind Regina Heller und Sybille Reinke de Buitrago mit jeweils einem Beitrag vertreten. Der Band ist bei Palgrave im Dezember 2017 zunächst als E-Book in der Reihe "Studies in International Relations" erschienen; die Printausgabe folgt im Januar 2018. Als Erster seiner Art widmet er sich den methodischen Problemen des „emotional turn“ in den internationalen Beziehungen (IB). Während Emotionen in den IB-Theorien immer größeres Interesse wecken, müssen die methodischen Herausforderungen noch genauer definiert werden. Es existiert eine Vielzahl ontologischer Positionen, Konzepte und Theorien zur Rolle von Emotionen in den IB. In dem Band werden daher verschiedene Wege präsentiert, wie Emotionen empirisch untersucht werden können. Anhand von konkreten Forschungsprojekten zeigen die einzelnen Kapitel, wie sozial- und geisteswissenschaftliche Methoden erfolgreich auf die Untersuchung von Emotionen in den IB übertragen werden

können. Dabei decken die Beiträge sowohl etablierte als auch innovative Ansätze ab, darunter Diskursanalyse, ethnografische Zugänge, Narrative und Bildanalyse. Durch den anwendungsorientierten Zugang der einzelnen Kapitel werden konkrete forschungspraktische Herausforderungen wie auch Möglichkeiten identifiziert und Erfahrungen in der Anwendung bestimmter Methoden formuliert.

**Kontakt:**

Regina Heller

[heller@ifsb.de](mailto:heller@ifsb.de)

Sybille Reinke de Buitrago

[reinkedeubuitrago@ifsb.de](mailto:reinkedeubuitrago@ifsb.de)

**Hans-Georg Ehrhart, EU-NATO Beziehungen, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2017, Baden-Baden: Nomos; 2018, 557-661.**

Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der NATO entwickelten sich einerseits weiterhin eher schwerfällig, dennoch scheint der Veränderungsdruck zu einer gewissen Aufgabenteilung zu führen. Die bilateralen Beziehungen werden auf der interinstitutionellen Ebene immer noch durch den türkisch-zyprischen Konflikt blockiert. Das fehlende Sicherheitsabkommen mit Zypern zwingen die Europäische Union und das Bündnis dazu, informelle Treffen mit der Beteiligung Zyperns abzuhalten. Gleichwohl kooperierten beide Organisationen auf politischer und operativer Ebene. Insbesondere der gewaltsame Konflikt in der Ukraine stellte EU und NATO vor die grundsätzliche Frage, wie die EU Sicherheit künftig gewährleisten und wie das Verhältnis beider Organisationen gestaltet werden soll.

**Kontakt: Hans-Georg Ehrhart**

[ehrbart@ifsb.de](mailto:ehrbart@ifsb.de)

## Visiting Fellows aus der Ukraine im Rahmen des Eurasia Peace Studies Exchange



Iryna Borovyńska und Victoria Baliuta

Im November und von November bis Februar hielten sich die Doktorandinnen Iryna Borovyńska und Viktoria Baliuta vom Institut für Sozialpsychologie und Politische Psychologie der Nationalen Akademie für Bildungswissenschaften in Kiew zu Austauschaufenthalten im Rahmen des Eurasia Peace Studies Exchange (siehe oben) am IFSH auf. Borovyńska forscht zu "Social psychological strategies for life successfulness of internally displaced persons" in der Ukraine. Baliuta arbeitet zu "Socio-psychological factors of radicalization in youth political behaviour". Die Forschungen beider Fellows sind einerseits eng mit der aktuellen politischen und sozialen Lage in der Ukraine verknüpft, andererseits berühren sie sich mit laufenden Forschungsprojekten am IFSH, sodaß ein fruchtbarer Austausch am IFSH wie auch an anderen Instituten der Universität Hamburg möglich war. Die Forschungsaufenthalte wurden vom Norwegian Centre for International Cooperation in Education (SIU) gefördert.

**Kontakt: Iryna Borovyńska** [I.borovynska@gmail.com](mailto:I.borovynska@gmail.com)

Victoria Baliuta

[victoria.baliuta@gmail.com](mailto:victoria.baliuta@gmail.com)



### IFSH aktuell

Ausgabe 122

Oktober – Dezember 2017

Verantwortlich für diese

Ausgabe:

Susanne Bund,

Anna Kreikemeyer

Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg

Beim Schlump 83 · 20144 Hamburg

Tel. (040) 866 077 67 · Fax: (040) 866 36 15

E-Mail: [ifsh@ifsh.de](mailto:ifsh@ifsh.de) · <http://www.ifsh.de>